

Ich steh' auf ...



Günther
Steinkellner

FPÖ OBER
ÖSTERREICH

Liebe Oberösterreichern
und Oberösterreicher!

Auf den folgenden Seiten darf ich Ihnen die FPÖ-Kandidaten und die wichtigsten Anliegen der oö. Freiheitlichen vorstellen. Ich bin sicher: Viele unserer Ideen und Vorschläge werden Ihre Zustimmung finden. Überzeugen Sie sich selbst!

Herzlichst Ihr

Gerhard Stinshelmer



INHALT

Sicherheit	4
Chancengleichheit	6
Kindergeld bis 6	8
Senioren - Ombudsmann	10
Unser Wasser	12
Linzer Oper	14
Mehr Geld für Sie!	16
Sozialmissbrauch	18
Ausländer	20
Oberösterreich zuerst	22
Voest	24
Tiere	26
Temelin	28
Bauernhöfe	30

„Da ist auch was für Sie dabei!“

Für den Inhalt verantwortlich:
FPÖ OÖ, Blütenstr. 21, 4040 Linz

Sicherheit für unsere Familien: Kriminalität und Drogen bekämpfen

Die Zahl der Verbrechen steigt in ganz Oberösterreich. Über 77.000 Straftaten im letzten Jahr – beinahe 6.500 mehr als 2001 sind ein Grund zur Sorge! Wir sagen Kriminalität und Drogen den Kampf an. Wir fordern mehr Exekutive zur Bekämpfung der Drogenkriminalität, keine Drogenfreigabe, harte Strafen für Drogendealer und die sofortige Abschiebung ausländischer Straftäter.

Neues Volksblatt, Sa. 26. Juli 2003



Ausländische Drogenbanden werden immer frecher, Drogenopfer immer jünger. Damit muss jetzt Schluss sein.



Dr. Josef Brunmair,
Spitzenkandidat Innviertel

„Als Vater will ich, dass meine Kinder sicher sind. Als Politiker sage ich: Wir dürfen nicht länger wegschauen, wie unseren Kindern vor Schulen und in Diskotheken Drogen angeboten werden. Und als Arzt sage ich: Keine Verharmlosung weicher Drogen, keine Drogenfreigabe!“

- mehr Exekutive auf die Straße
- harte Strafen für Drogendealer
- sofortige Abschiebung ausländischer Straftäter
- keine Drogenfreigabe

Chancengleichheit : Wir Männer müssen umdenken – *nicht* die Frauen!

Jede Frau muss, nur weil sie Frau ist, mit Benachteiligungen rechnen: Frauen verdienen im Schnitt 35 Prozent weniger als Männer. Auf ihren Schultern lastet der Großteil der Familien- und Pflegearbeit. Frauen arbeiten oft Teilzeit. Deswegen haben sie weniger Karrierechancen und eine Pension, die bei vielen nicht zum Leben reicht. Diese Ungerechtigkeit trifft aber nicht irgendwelche Frauen. Es sind Frauen, die uns persönlich nahestehen: unsere Ehefrauen, Lebensgefährtinnen, Töchter, Mütter oder Schwestern. Das sollten auch wir Männer nicht länger hinnehmen!



„Frauen haben die Arbeit, Männer die Karriere. So kann es nicht gehen. Frauen verdienen faire Bezahlung, bedarfsgerechte Kinderbetreuungsmöglichkeiten und - Unterstützung zuhause!“

Landesrat Günther Steinkellner
Landesspitzenkandidat der FPÖ OÖ

- für eine gerechte Entlohnung
- für eine eigenständige Pension
- für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie



„Viele Frauen wollen und müssen Familie und Beruf vereinbaren. Leider scheidet das oft an den nötigen Rahmenbedingungen. Hier brauchen wir die Unternehmen als Partner, um gemeinsame Lösungen anzubieten.“

Ursula Haubner, Staatssekretärin für Familien, Generationen und Konsumentenschutz

Kindergeld bis 6: weil Kinder ihre Eltern brauchen

Was Eltern leisten, nützt der ganzen Gesellschaft. Wir wollen deshalb – zusätzlich zum regulären Kinderbetreuungsgeld – 200 Euro monatlich Landes-Kindergeld. Für Kinder vom 4. bis zum 6. Lebensjahr. Was Familien brauchen, sind mehr Geld und flexible Kinderbetreuungseinrichtungen.



„Das Kindergeld bis 6 wäre eine echte Hilfe für alle Familien. Oberösterreich kann – und muss – sich das leisten!“

Ursula
Haubner

Krone, Fr. 20. Juni 2003



Die ÖVP will die Familie mit nicht einmal 35 Euro im Monat abpeisen. Obwohl es genügend Rücklagen gibt – da helfen 200 Euro Kindergeld der Familie schon weiter.



„Kinder brauchen ihre Eltern!“



- 200 Euro Landes-Kindergeld pro Monat vom 4. bis zum 6. Lebensjahr
- 36 Monate volles Kindergeld auch für Alleinerziehende
- mehr und flexiblere Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Ombudsmann für unsere Senioren - weil keiner für immer jung ist

Irgendwann müssen wir uns alle der Realität stellen: Niemand ist für immer jung. Jeder wünscht sich einen gesicherten Lebensabend und ein Altern in Würde. Einige haben das große Glück, im Familienverband alt zu werden. Immer mehr Menschen sind aber auf einen Heimplatz angewiesen. In Oberösterreich gibt es 109 Alten- und Pflegeheime mit rund 11.700 Plätzen. Je älter die Heimbewohner sind, desto schlechter können sie ihre Wünsche artikulieren. Der Mangel an Pflegern trifft diese Menschen besonders hart. Weder Personal noch Heimbewohner haben eine objektive Anlaufstelle für ihre Wünsche, Sorgen und Beschwerden.

Wir verlangen daher einen parteiunabhängigen Ombudsmann als Ansprechpartner, an den sich Senioren, Angehörige und Pflegepersonal bei Missständen wenden können. Ohne Angst vor Nachteilen oder Sanktionen.



Günther Steinkellner

„Seit Jahren kämpfen wir Freiheitliche für mehr Pflegepersonal sowie für zusätzliche und bessere Ausbildungsmöglichkeiten! Und für einen unabhängigen Ombudsmann, der darauf schaut, dass es Heimbewohnern und Personal gut geht.“

- **Senioren-Ombudsmann – starker Partner für Menschen in Seniorenheimen**
- **mehr Mitarbeiter**
- **bessere Ausbildungsmöglichkeiten für Pflegepersonal**



Krone, 2. Okt. 2002

Drohungen mit Hinauswurf:

Heimbewohner leben in Angst

„Die Leute trauen sich nicht, sich zu beschweren, weil sie Angst haben, hinausgeworfen zu werden!“ So schildert

Ein parteiunabhängiger Ombudsmann garantiert, dass Heimbewohner, Angehörige und Pflegepersonal jederzeit einen vertrauenswürdigen Ansprechpartner finden.

Unser Wasser, unser Land – kein Ausverkauf der Heimat

Unser Wasser ist das beste in Europa, ein kostbares Gut, das wir auch für künftige Generationen erhalten müssen. Deshalb wehren wir uns gegen den Ausverkauf des oberösterreichischen Wassers. Wasser ist Heimat und so muss es bleiben, auch für unsere Kinder. Schützen wir die kostbaren oberösterreichischen Wasservorkommen! Deshalb darf die EU nicht mit Mehrheitsbeschluss über unsere Wasserreserven bestimmen. Hier muss das Einstimmigkeitsprinzip beibehalten werden.



Günther Steinkellner

„Wir sagen Nein zum Ausverkauf oberösterreichischer Wasservorräte. Die Sicherheit der Versorgung mit unserem hochwertigen Trinkwasser steht an oberster Stelle.“

- kein Ausverkauf unseres Wassers ans Ausland
- Erhaltung der kleinräumigen Wasserversorgungsstruktur
- Sicherung und Ausbau einer Krisenvorsorge



Herbert Aspöck,
Spitzenkandidat Hausruckviertel

„Auch in Zukunft sollen unsere Kinder sauberes Wasser zu leistbaren Preisen trinken können!“



Regionale Verkehrsprojekte - statt Opern-Neubau in Linz

Viele Gemeinden in Oberösterreich plagen Geldsorgen. Viele Steuerzahler müssen den Gürtel immer enger schnallen.

Viele Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher haben im November 2000 den Bau einer Linzer Oper aus Kostengründen abgelehnt. ÖVP und SPÖ wollen die Linzer Oper trotzdem bauen. Gegen den ausdrücklichen Wunsch der Bevölkerung. Wir Freiheitliche bleiben dabei: Für uns zählt der Bürgerwille. Kein Opern-Neubau in Linz.



Günther
Steinkellner

„60% der Bevölkerung haben vor drei Jahren gegen den Neubau eines Musiktheaters in Linz gestimmt. Trotzdem wollen ÖVP und SPÖ nach den Wahlen eine neue Oper bauen. Das können Sie verhindern. Mit ihrer Stimme für die oö. FPÖ.“

- kein Opern-Neubau in Linz
- der Bürgerwille gilt
- Zu- und Umbau am alten Standort statt Opern-Neubau

**Ich bleibe dabei:
Kein
Opern-
Neubau
in Linz.**

Günther Steinkellner

FPÖ OBER ÖSTERREICH
www.fpoe-ooe.at



Franz Obermayr,
Linzer Bürgermeister-Kandidat

„Ein Zu- und Umbau beim Linzer Landestheater wäre viel günstiger. Das haben unabhängige Experten bewiesen. Außerdem gibt es wichtigere Projekte als eine neue Oper. Setzen wir das knappe Steuergeld dafür ein, z.B. im Verkehrsbereich!“

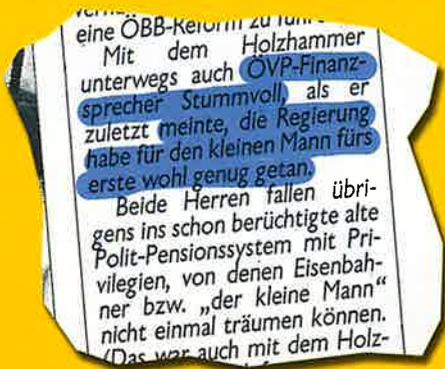
Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen

Kleine und mittlere Einkommen müssen entlastet werden. Steuern und Gebühren sind zu senken. Wer hart arbeitet, soll auch etwas haben von seinem Geld: 20 Überstunden monatlich steuerfrei!



Berthold Amerstorfer,
Landtagsspitzenkandidat Linz

Krone, 2. Okt. 2002



...so abgehoben ist die ÖVP.

„Leistung muss sich wieder lohnen. Daher fordern wir als ersten Schritt Steuerfreiheit für 20 Überstunden im Monat.“



Roman Eichhübl,
Steyrer Bürgermeister-Kandidat

„Die ÖVP meint, für den kleinen Mann sei jetzt **genug getan** worden. Da widerspreche ich heftig. Wer zuerst entlastet werden muss, sind Menschen mit niedrigen Einkommen. Auf die müssen wir schauen.“

- steuerliche Entlastung für Familien:
- Alleinverdiener-Absetzbetrag anheben
- niedrige und mittlere Einkommen entlasten
- 20 Überstunden monatlich steuerfrei



Soziale Sicherheit statt Sozialmissbrauch

Jeder trägt mit seinen Steuern und Sozialbeiträgen zu unserem Sozialsystem bei. Trotzdem sind Maßnahmen nötig, damit das System weiter funktioniert. Diese Maßnahmen spüren alle. Sozialleistungen dürfen daher nur jenen zugute kommen, die sich nicht selbst helfen können.

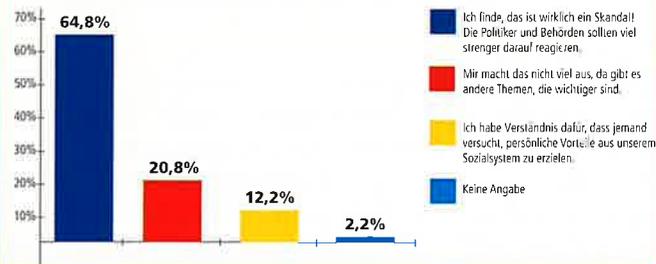
Missbrauch ist, wenn jemand die Unterstützung von Beitrags- und Steuerzahlern in Anspruch nimmt und selbst nichts beitragen will. Wer sich Sozialleistungen durch falsche Angaben erschleicht, schadet damit allen anderen.

Das darf's nicht länger geben: Jeder, der Solidarität in Anspruch nimmt, soll auch einen Beitrag nach seinen Möglichkeiten leisten.



- **Soziabetrug bekämpfen**
- **wirkamere Sozialverwaltung**
- **Sozialhilfe-Empfängern gemeinnützige Arbeit anbieten (wie bei Hochwasserkatastrophe 2002)**

Es gibt in Österreich immer wieder Menschen, die das soziale Netz ausnützen, das heißt, illegal Sozialleistungen beanspruchen. z.B. Leute, die Arbeitslosengeld beziehen und gleichzeitig durch „Pfus“ Geld verdienen. Wie ist Ihre Meinung dazu?



....**Sozialmissbrauch** – das stört die **Oberösterreicher wirklich!**



„Ob jung oder alt, jeder Mensch kann einmal auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sein. Niemand, der wirklich Hilfe braucht, darf durch das soziale Netz fallen. Das muss auch in Zukunft gesichert sein.“

Hildegund Weißenbacher,
Spitzenkandidatin Traunviertel

Ausländer: Integration vor Neuzuzug

EU-Bürger sind Inländern in wesentlichen Bereichen gleichgestellt. Eine Übertragung dieser Rechte auf Ausländer generell kommt für uns aber nicht in Frage. Wir sagen daher: kein Ausländerwahlrecht, Rücknahme der Wohnbauförderung für Ausländer, bessere Integration statt mehr Zuwanderung, keine Ausweitung der Arbeitserlaubnis für Ausländer* und Kampf der organisierten Schwarzarbeit.

* Die Übergangsbestimmungen im Zuge der EU-Osterweiterung sind strikt einzuhalten



„In den Städten liegt das Ausländerproblem vor allem im Wohnbereich. Für Wohnungswerber müssen daher Deutsch- und Integrationskurse zwingend vorgeschrieben werden.“

Dr. Bernhard Wieser
Welser Bürgermeister-Kandidat

Die FPÖ ist anderer Meinung als die SPÖ. Wir sagen: Wer wählen will, muss sich die Staatsbürgerschaft – und damit das Wahlrecht - zuerst verdienen. Dazu gehört, dass Ausländer Deutschkurse besuchen, die Sprache lernen und unsere Gepflogenheiten respektieren.

- kein Ausländerwahlrecht
- Rücknahme der Wohnbauförderung für Ausländer
- bessere Integration statt mehr Zuwanderung
- strengere Einbürgerungsbestimmungen
- Kampf der organisierten Ausländer-Schwarzarbeit

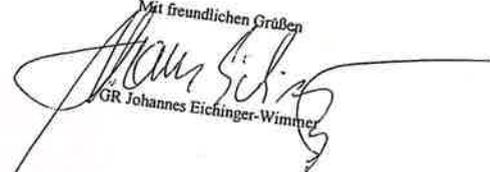
Linz, 5. Mai 2003

An den
Ausländerintegrationsbeirat Linz
z.Hd. Herrn [REDACTED]
Hauptstraße 1-5
4041 Linz

Sehr geehrter Herr Vorsitzender [REDACTED]!

Die sozialdemokratische Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz spricht sich dafür aus, dass ausländische StaatsbürgerInnen aus Nicht-EU-Ländern nach fünf Jahren legalen Aufenthaltes in Österreich im Falle des Hauptwohnsitzes in Linz das aktive und passive Wahlrecht bei Gemeinderatswahlen erhalten sollen.

Mit freundlichen Grüßen


GR Johannes Eichinger-Wimmer

Oberösterreich zuerst - Heimat vor EU-Zentralismus

Die EU bietet Chancen – aber auch viele Gefahren. Zu diesen gehört, dass unsere Interessen in Brüssel untergehen. Wir erwarten daher, dass die österreichische Politik in lebenswichtigen Fragen nicht lockerlässt: Temelin, genmanipulierte Lebensmittel, Transitverkehr, negative Folgen der EU-Osterweiterung wie: Druck auf den Arbeitsmarkt und Anstieg der Bandenkriminalität.

Wir wollen auch nicht, dass immer mehr Entscheidungskompetenzen und Steuergeld nach Brüssel wandern und das Einstimmigkeitsprinzip in der EU gelockert wird.



„Brüssel will den Markt für genmanipulierte Lebensmittel öffnen - obwohl deren Auswirkungen auf den Menschen noch nicht hinreichend erforscht sind. Das ist ein Spiel mit dem Feuer. Als Mutter mache ich mir da große Sorgen um die Gesundheit unserer Kinder.“

Anneliese Kitzmüller,
Spitzenkandidatin Mühlviertel



Dr. Josef Brunmair

„Erst vor kurzem hat die EU das Tiroler LKW-Fahrverbot außer Kraft gesetzt. Die EU stellt das Prinzip des freien Warenverkehrs über den Schutz der Gesundheit. Tirol kommt dabei völlig unter die Räder. Gerade als Innviertler sage ich: Die EU darf nicht einfach so über uns drüberfahren.“



- stopp dem Transitwahnsinn
- Einstimmigkeitsprinzip in der EU beibehalten
- nicht noch mehr Steuergeld nach Brüssel

Voest ist Heimat – Nein zum Ausverkauf!

Die Voest ist Lebensgrundlage für tausende Familien in Oberösterreich und sichert über 20.000 Arbeitsplätze. Wir kämpfen für die Existenz dieser Familien. Solange niemand eine Garantie für den Standort abgeben kann, muss der Staat 25 Prozent plus eine Aktie halten. Das ist die einzige Lösung.



Günther
Steinkellner

„Die Voest ist ein Teil unseres Landes. Heimat und Arbeit gehören untrennbar zusammen. Deshalb bleiben die oö. Freiheitlichen dabei: Voest ist Heimat. Nein zum Ausverkauf!“

Neues Volksblatt, 28. Juni 2003

zen.
rade-
nen
ch
le-
Der Plan einer völligen Privatisierung deckt sich auch mit den Absichten von voestalpine-Chef Franz Struzl. „Daran haben wir uns zu orientieren“, erklärte Pühringer kürzlich.



Berthold
Amerstorfer

„Als Voestler sage ich: Das Herzstück der oö. Industrie darf nicht einfach verhökert werden! Standort und Arbeitsplätze sind zu erhalten. Eine Zerstückelung kommt nicht in Frage!“

Der Beweis: Wer ÖVP wählt, stimmt für den Ausverkauf der Voest, für die Zerstückelung eines oö. Paradeunternehmens und die Gefährdung zehntausender Arbeitsplätze in Oberösterreich. So spielt die VP mit der Existenz vieler Familien in unserem Bundesland!

Auch Tiere haben Rechte - Tierschutz in die Landesverfassung!

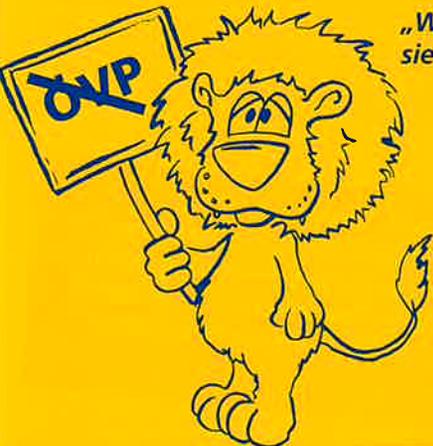
Oberösterreich hat den Tierschutz noch immer nicht in der Landesverfassung verankert. Schuld daran sind ÖVP und SPÖ. Wir stehen dazu: Tiere sind keine Sachen, sondern Mitgeschöpfe. Das muss in der Landesverfassung verankert werden.



Franz
Obermayr

Die ÖVP will herrenlose Tiere einfach einschläfern lassen. Das ist unmenschlich! Darum sage ich Nein zu diesem grausamen ÖVP-Vorschlag. Machen Sie das auch. Mit Ihrer Stimme für die FPÖ. Damit Tiere nicht einfach beseitigt werden wie Müll, sondern eine Chance bekommen.

„Wähle nicht die ÖVP, denn sie tut uns Tieren weh!“



- Tierschutz in die Landesverfassung
- keine Todesspritze für herrenlose Tiere
- strenge Kontrollen von Tiertransporten

OÖ Rundschau, 23.3.2003

VP: Für Todesspritze und gegen ein Tierheim

Bundesrat Leo Steinbichler, einflussreicher VP-Politiker, verlangt die Todesspritze für herrenlose Tiere: Findet sich für ein Viecherl, das in einem Tierheim untergebracht ist, binnen einem Monat kein neues Platzlerl, soll man es einschläfern.

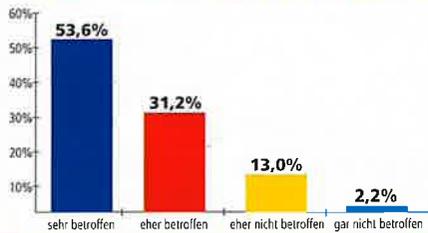
Todesspritze statt Tierheim: Ist das die Lösungskompetenz der ÖVP?

Umwelt ist Leben – Genmanipulierte Lebensmittel bekämpfen, Temelin abschalten

227.000 Unterschriften gegen Temelin und 223.000 Unterschriften beim Gentechnik-Volksbegehren sind ein klarer Auftrag: Wir kämpfen weiter gegen Temelin und gegen Gentechnik auf Oberösterreichs Feldern. Der Schutz vor Atomkraft und vor genmanipulierten Lebensmitteln ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder.

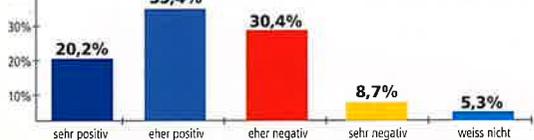
Quelle: TCS

Wie betroffen fühlen Sie sich vom AKW Temelin? Würden Sie sagen...



Quelle: TCS

Die FPÖ initiierte zum Thema Temelin ein Volksbegehren: Wie beurteilen Sie diese Aktion aus heutiger Sicht



...auch wenn uns ÖVP, SPÖ und Grüne beim Kampf gegen Temelin in den Rücken gefallen sind: wir Freiheitliche kämpfen weiter für die Stilllegung!

- nicht locker lassen bei Temelin
- keine weiteren EU-Gelder für Atomkraftwerke
- keine genmanipulierte Lebensmittel und Pflanzen in OÖ!



Günther Steinkellner

„Wir brauchen keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf unseren Feldern. Wir wollen gesunde Nahrungsmittel. Darum: Ein klares Nein zu genmanipulierten Lebensmitteln!“

Bäuerliche Familienbetriebe - statt EU-Agrarfabriken

Die Förderung von Agrarfabriken durch die EU ruiniert die Bauernhöfe, verhöhnt jede artgerechte Tierhaltung und gefährdet die Gesundheit der Konsumenten. Die Existenz der kleinen bäuerlichen Betriebe muss gesichert werden: Durch Anreize zur Hofübernahme, die Verzinsung der Genossenschaftsanteile oder einen Sozialversicherungsbeitrag, der nach dem tatsächlichen Einkommen bemessen wird.



„Wir wollen einen gesunden Bauernstand statt krankmachender Agrarfabriken.“

Hildegund
Weißenbacher



Herbert
Aspöck

„Brüssel bestimmt unsere Landwirtschaft. Dazu sagen wir ‚nein‘. Agrar-Angelegenheiten müssen wieder in Österreich entschieden werden! Dafür kämpft nur die FPÖ. Alle anderen Parteien liefern den Bauernstand den EU-Bürokraten aus.“



- Landwirtschaft renationalisieren
- Bauernhöfe statt Agrar-Industrie
- artgerechte Tierhaltung statt Tierfabriken
- Qualität der Lebensmittel sichern

Und dafür *steh´* ich:



- **Sicherheit für unsere Familien: Kriminalität und Drogen bekämpfen**
- **Chancengleichheit: Wir Männer müssen umdenken – nicht die Frauen!**
- **Kindergeld bis 6: weil Kinder ihre Eltern brauchen**
- **Ombudsmann für unsere Senioren - weil keiner für immer jung ist**
- **Unser Wasser, unser Land – kein Ausverkauf der Heimat**
- **Regionale Verkehrsprojekte – statt Opern-Neubau in Linz**
- **Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen**
- **Soziale Sicherheit – statt Sozialmissbrauch**
- **Integration vor Neuzuzug**
- **Oberösterreich zuerst – Heimat vor EU-Zentralismus**
- **Voest ist Heimat – Nein zum Ausverkauf!**
- **Auch Tiere haben Rechte – Tierschutz in die Landesverfassung!**
- **Umwelt ist Leben – genmanipulierte Lebensmittel bekämpfen, Temelin abschalten**
- **Bäuerliche Familienbetriebe – statt EU-Agrarfabriken**

Am 28. Sept.:



**Günther Steinkellner und
die FPÖ Oberösterreich**